

Pressemitteilung

Ansprechpartner in der Pressestelle:

Pascal Ausäderer

Pressereferent

Telefon 0621/1235-103

E-Mail pascal.ausaederer@zew.de

ZEW-Konjunkturerwartungen Deutschland

26,3 Punkte (+15,8 ggü. Vormonat)

ZEW-Konjunkturerwartungen Eurozone

23,4 Punkte (+13,9 ggü. Vormonat)

Konjunkturelle Lage Deutschland

-77,6 Punkte (+3,4 ggü. Vormonat)

Konjunkturelle Lage Eurozone

-37,7 Punkte (+5,7 ggü. Vormonat)

79/2026

21. Juli 2026

ZEW-Konjunkturerwartungen

Die Konjunkturerwartungen steigen kräftig an

Im Juli steigen die Erwartungen erneut kräftig an. Der ZEW-Index steigt um 15,8 Punkte stark an und beträgt nun plus 26,3 Punkte. Die Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage erfährt ebenfalls einen Anstieg, wenn auch in einem geringeren Ausmaß. Der Lageindikator für Deutschland liegt mit minus 77,6 Punkten um plus 3,4 Punkte über dem Vormonatswert.

„Die Erwartungen hellen sich im Juli weiter auf. Das Reformpaket scheint Wirkung zu zeigen. Insbesondere die exportorientierten Sektoren, sowie die Binnennachfrage verzeichnen stabile Zuwächse. Die Entwicklung des Iran-

Konflikts und des Ölpreises bleibt dennoch ein zentraler Unsicherheitsfaktor für die Erholung Deutschlands“, kommentiert ZEW-Präsident Prof. Dr. h.c. Achim Wambach, PhD die aktuellen Ergebnisse.

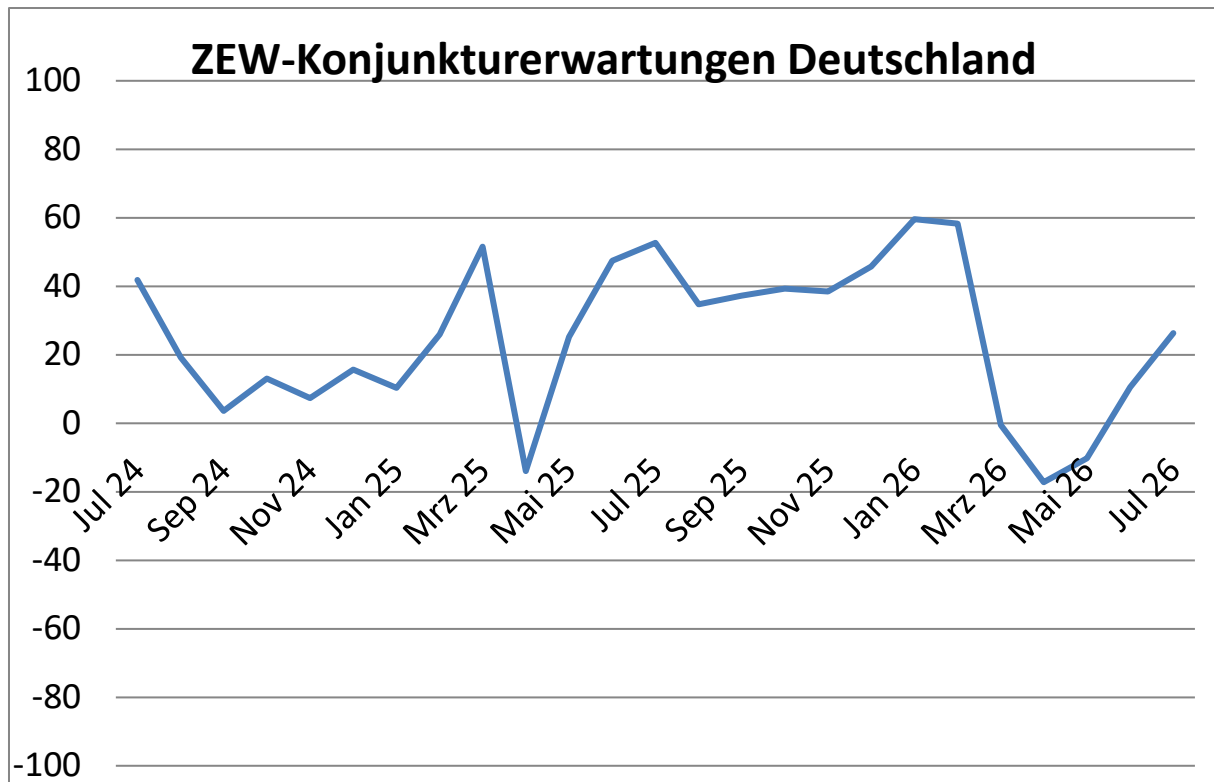
Die meisten Branchen verzeichnen eine Verbesserung im Juli. Insbesondere hellen sich die Aussichten für den Maschinenbau und den privaten Konsum um jeweils plus 14,5 bzw. plus 14,7 Punkte auf. Auch die Chemie- und Pharmaindustrie, sowie die Metallindustrie verzeichnen stabile Zuwächse im Juli, verbleiben aber eindeutig im negativen Bereich. Im Gegensatz zur Juni-Entwicklung verbessert sich der Saldo der Baubranche um 12,7 Punkte und nähert sich der Null-Linie. Dagegen verzeichnet die Fahrzeugindustrie ein Minus von 46,6 Punkten (minus 11,3 Punkte gegenüber dem Vormonat).

Die Erwartungen für die Eurozone steigen im Juli. Der Index liegt mit einem Saldo von 23,4 Punkten um 13,9 Punkte höher als im Juni. Die Bewertung der Lage bleibt negativ, verbessert sich aber um 5,7 Punkte. Diese liegt bei minus 37,7 Punkten.

Für Rückfragen zum Inhalt:

Dr. Lora Pavlova,

Telefon 0621/1235-145, E-Mail lora.pavlova@zew.de



Quelle: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

An der Umfrage im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests des ZEW – Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung vom 13. bis 21.07.2026 haben sich 185 Analystinnen und Analysten sowie institutionelle Anleger/innen beteiligt. Sie wurden nach ihren mittelfristigen Erwartungen bezüglich der Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung befragt. Der Indikator Konjunkturerwartungen gibt die Differenz der positiven und negativen Einschätzungen für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung auf Sicht von sechs Monaten in Deutschland wieder.

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Das ZEW in Mannheim forscht im Bereich der angewandten und politikorientierten Wirtschaftswissenschaften und stellt der nationalen und internationalen Forschung bedeutende Datensätze zur Verfügung. Das Institut unterstützt durch fundierte Beratung Politik, Unternehmen und Verwaltung auf nationaler und europäischer Ebene bei der Bewältigung wirtschaftspolitischer Herausforderungen. Zentrale Forschungsfrage des ZEW ist, wie Märkte und Institutionen gestaltet sein müssen, um eine nachhaltige und effiziente wirtschaftliche Entwicklung der wissensbasierten europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen. Durch gezielten Wissenstransfer und Weiterbildung begleitet das ZEW wirtschaftliche Veränderungsprozesse. Das ZEW wurde 1991 gegründet. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Derzeit arbeiten am ZEW rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen zwei Drittel wissenschaftlich tätig sind.

Forschungsfelder des ZEW

Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte; Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen; Digitale Ökonomie; Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik; Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik; Marktdesign; Umwelt- und Klimaökonomik; Ungleichheit und Verteilungspolitik; Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft.